EIGNUNGSFORMULAR

Leistung

Lieferung und Installation von audiovisueller Medientechnik

Vergabenummer

639_2026_UKT_MT

Hinweis:

Die nachfolgenden Formblätter sind vom Bieter/der Bietergemeinschaft vollständig und wahrheitsgemäß ausgefüllt mit seinem/ihrem Angebot einzureichen.

Dabei hat der Bieter/die Bietergemeinschaft jeweils die in blau hinterlegten Bereiche des Formblattes vollständig wahrheitsgemäß auszufüllen und/oder anzukreuzen, soweit diese zutreffen. Zudem erklärt er/sie mit Abgabe des Formulars, dass er/sie die kursiv geschriebenen Eigenerklärungen in den Formblättern wahrheitsgemäß abgibt, soweit er/sie in den blau hinterlegten Bereichen keine gegenteilige Erklärung abgibt.

Dieses Formular besteht aus folgenden Formblättern:

A. ERKLÄRUNG DES BIETERS ZUR EIGNUNG 2

B. FORMBLÄTTER EIGNUNG 4

I. Formblatt 05.I: Erklärungen zu § 6e EU VOB/A (§§ 123, 124 GWB) und zur Selbstreinigung nach § 6f EU VOB/A (§ 125 GWB) 5

II. Formblatt 05.II: Erklärung zur Inanspruchnahme der Eignungsleihe....8

III. Formblatt 05.III: Erklärung über Registereintragungen....9

IV. Formblatt 05.IV: Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG 10

V. Formblatt 05.V: Erklärung zum Umsatz 11

VI. Formblatt 05.VI: Eigenerklärung zur Anzahl der Arbeitskräfte....14

VII. Formblatt 05.VII: Erklärung über die technische Ausstattung des Unternehmens. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

VIII. Formblatt 05.VIII: Erklärung und Angaben zu vergleichbaren Leistungen (Referenzen)....15

1. Referenz 1....16

2. Referenz 2....17

3. Referenz 3....18

A. ERKLÄRUNG DES BIETERS ZUR EIGNUNG

Ich/wir,

Name des Bieters / Bezeichnung der Bietergemeinschaft:	

weisen in diesem Formular meine/unsere Eignung für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistung nach.

Hierzu geben wir neben den in diesem Teil des Formulars (Teil A.) enthaltenen Erklärungen und Angaben auch die nachfolgenden Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) inklusive sämtlicher darin enthaltener Erklärungen, Angaben und Nachweise nach Maßgabe des Verfahrens ab, die wir mit dem Angebot einreichen:

(Zutreffende bitte ankreuzen, soweit nicht von der Vergabestelle bereits vorgegeben. In der Erklärung ist inbegriffen, dass die in den Formblättern geforderten Anlagen vorgelegt werden.)

Bezeichnung der Unterlage	**Ja**	**Nein**
Erklärungen zu §§ 123, 124 GWB und zur Selbstreinigung nach § 125 GWB (Formblatt 05.I dieses Formulars)	☐	☐
Ggf. Auszug aus PQ-Verzeichnis	☐	☐
Erklärung zur Inanspruchnahme der Eignungsleihe (Formblatt 05.II dieses Formulars)	☐	☐
Erklärung über Registereintragungen (Formblatt 05.III dieses Formulars)	☐	☐
Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 21 AentG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG (Formblatt 05.IV dieses Formulars)	☐	☐
Verpflichtungserklärung nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Formblatt 05.V dieses Formulars)	☐	☐
Erklärung zum Umsatz (Formblatt 05.VI dieses Formulars)	☐	☐
Eigenerklärung zur Anzahl der Arbeitskräfte (Formblatt 05.VII dieses Formulars)	☐	☐
Erklärung und Angaben zu vergleichbaren Leistungen (Referenzen) (Formblatt 05.VIII)	☐	☐

Ich/wir gebe(n) außerdem die folgenden Unterlagen des Formblattes 06 zum Nachweis unserer Eignung ab, die nur bei Bedarf vorzulegen sind:

Bezeichnung der Unterlage	**Ja**	**Nein**
Bietergemeinschaftserklärung (Formblatt 06.I, Teil des Formulars 06)	☐	☐
Nachunternehmerleistungen (Formblatt 06.II, Teil des Formulars 06)	☐	☐
Erklärung und Angaben zur Eignungsleihe (Formblatt 06.III, Teil des Formulars 06)	☐	☐
Einschlägige Teile dieses Eignungsformulars, vom eignungsverleihenden Unternehmen ausgefüllt (Forderung aus Formblatt 06.III, Teil des Formulars 06)	☐	☐

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe(n). Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt, sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EstG innerhalb der vom Auftraggeber zu bestimmenden, angemessenen Frist der Nachforderung vorlegen.

Ich bin/wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft. Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen innerhalb der vom Auftraggeber zu bestimmenden, angemessenen Frist der Nachforderung vorlegen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können.

B. FORMBLÄTTER EIGNUNG

Verbindliche Hinweise zur Bearbeitung der Formblätter:

Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat die in blau hinterlegten Bereiche der nachfolgenden Formblätter, soweit er/sie sie nach Abschnitt A des Formulars zum Inhalt seines Angebotes gemacht hat, vollständig wahrheitsgemäß auszufüllen und/oder anzukreuzen, soweit diese zutreffen.

Mit der Abgabe der Formblätter und der Bezugnahme auf diese in Abschnitt A des Dokumentes erklärt der Bieter / die Bietergemeinschaft außerdem, dass er/sie die darin enthaltenen, kursiv geschriebenen Eigenerklärungen wahrheitsgemäß abgibt.

Sofern eine bestimmte Erklärung nicht vollständig wahrheitsgemäß abgegeben werden kann, ist der Bieter / die Bietergemeinschaft verpflichtet, die Abweichungen von den vorgesehenen Erklärungen deutlich zu machen und zu erläutern. Dafür ist ggfs. am Ende der Formblätter die Möglichkeit gegeben, entsprechende Ausführungen vorzunehmen.

I. Formblatt 05.I: Erklärungen zu §§ 123, 124 GWB) und zur Selbstreinigung nach § 125 GWB

1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1-3 GWB

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist[1], in den vergangenen 5 Jahren rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen in den vergangenen 5 Jahren keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist[2], jeweils wegen einer Straftat nach

- *§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),*
- *§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,*
- *§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),*
- *§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*
- *§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*
- *§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),*
- *§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),*
- *den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),*

---

[1] Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

[2] Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- *Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder*

- *den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).*

2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meiner/unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

3. Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Nrn. 1-4, 7 und 8 GWB

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- *weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/-n Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat/haben,*

- *unser/-e Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist/sind, über das Vermögen des/der Unternehmen(s) kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das/die Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet/-n oder seine/ihre Tätigkeit eingestellt hat/haben,*

- *weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres/unserer Unternehmen(s) infrage gestellt wird,*

- *weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,*

- *unser/-e Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat/haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,*

- *unser/-e Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat/haben oder nicht in der Lage ist/sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.*

Ich/wir können die vorgenannten Erklärungen aus folgendem Grund und in Bezug auf folgende Erklärung nicht vollumfänglich abgeben:

und machen folgende Angaben zur Selbstreinigung nach § 125 GWB (bei Bietergemeinschaften mit Hinweis, auf welches Mitglied der Bietergemeinschaft sich die Ausführungen beziehen):

II. Formblatt 05.II: Erklärung zur Inanspruchnahme der Eignungsleihe

Ich/wir berufe(n) mich/uns im Hinblick auf den Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen und/oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihende Unternehmen):

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ *Ja.*

☐ *Nein.*

Hinweis:

Eignungsleihe bedeutet, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft nicht selbst die Anforderungen, die an ihre Eignung gestellt werden, erfüllt und sich deshalb diese Eignung bei anderen Unternehmen „leiht“. Dies ist nicht gleichbedeutend mit dem Einsatz von Nachunternehmern.

Wenn sich der Bieter/die Bietergemeinschaft auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihender Unternehmen) beruft, ist die **Anlage 06.III** (Eignungsleihe, Teil des Formulars 06) vom Bieter/der Bietergemeinschaft vollständig ausgefüllt abzugeben. Darüber hinaus ist die **Anlage 06.III** (Eignungsleihe, Teil des Formulars 06) (Verpflichtungserklärung und Erklärung zu den Ausschlussgründen, sowie zur Eignung) vom eignungsverleihenden Unternehmen vollständig auszufüllen, eigenhändig zu unterschreiben und mit dem Angebot als Scan abzugeben. Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, von den Unternehmen, deren Angebote in die nähere Wahl kommen, das Original der Verpflichtungserklärung und der Erklärung des eignungsverleihenden Unternehmens in angemessener Frist zu fordern.

Zudem sind mit dem Angebot für das eignungsverleihende Unternehmen die bekanntgemachten Eignungsanforderungen (Formblätter dieses Formulars 05), auf die sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft beruft, nachzuweisen.

III. Formblatt 05.III: Erklärung über Registereintragungen

Ich/wir

☐ *übergeben anliegend als*

Anlage 05.IIIa

einen aktuellen Nachweis (zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 6 Monate) über eine gültige Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Staates, an dem ich/wir meinen/unseren Sitz oder Wohnsitz haben.

☐ *keinen aktuellen Nachweis über eine gültige Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister, weil nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaats an meinem/unserem Sitz oder Wohnsitz Entsprechendes nicht verpflichtend vorgesehen ist.*

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich/wir

☐ *übergeben anliegend als*

Anlage 05.IIIb

einen aktuellen Nachweis (zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 6 Monate) über meine/unsere Eintragung in die Handwerksrolle, in die wir für die ausgeschriebenen Leistungen eingetragen sind.

☐ *keinen aktuellen Nachweis über unsere Eintragung in die Handwerksrolle, weil diese Eintragung in die Handwerksrolle für die ausgeschrieben Leistung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.*

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Hinweis:

Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) aufgeführt.

Ist der Bieter eine Bietergemeinschaft sind die Nachweise von jedem Mitglied vorzulegen.

IV. Formblatt 05.IV: Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG

Ich/wir erkläre(n), dass

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ *für mein/unser Unternehmen* (bei Einzelbewerbern)

☐ *jedes unserer Mitgliedsunternehmen* (bei Bewerbergemeinschaften)

keine Ausschlussgründe

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ *nach § 21 AEntG;*

☐ *nach § 98c AufenthG;*

☐ *nach § 19 MiLoG;*

☐ *nach § 21 SchwarzarbG;*

vorliegen.

Ich/wir mache(n) folgende ergänzenden Ausführungen zu den Ausschlussgründen, bei denen wir nicht sämtliche der vorgehend vorgesehenen Erklärungen abgeben können:

V. Formblatt 05.V: Verpflichtungserklärung nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg

Ich/wir erklären, dass ich/wir

(Zutreffendes bitte ankreuzen – es handelt sich um alternative Regelungstatbestände)

☐	*meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahle(n), das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*
☐	*mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Ich wir erklären außerdem, dass ich mich / wir uns

- *von einem jedem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n); oder*
- *von einem jedem von mir/uns beauftragen Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse(n), dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);*
- *verpflichte(n), sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.*

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst,

- *dass mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,*

- *mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,*
- *zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,*
- *bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung*
- *den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,*
- *mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,*
- *der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir folgende Zusicherung nicht abgeben:

(nur bei Bedarf anzugeben)

VI. Formblatt 05.VI: Erklärung zum Umsatz

Ich/wir haben in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren folgenden jährlichen Umsatz mit Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, erzielt:

Geschäftsjahr	**Umsatz mit vergleichbaren Leistungen in €**

Ich/wir haben in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren folgenden jährlichen Gesamtumsatz erzielt:

Bitte auch in dem Fall ausfüllen, dass sämtlicher Umsatz durch vergleichbare Leistungen erwirtschaftet wurde

Geschäftsjahr	**Gesamtumsatz in €**

Hinweis:

Ist der Bieter / ein Bietergemeinschaftsmitglied noch keine drei Geschäftsjahre tätig, beschränkt sich sein Nachweiszeitraum in der Jahresumsatzerklärung auf die Geschäftsjahre seiner Tätigkeit. Maßgebend für die Einhaltung eines Mindest-Jahresumsatzes ist in diesem Fall der Durchschnittswert aus den Geschäftsjahren seiner Tätigkeit.

Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen maßgeblichen Umsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter dem Umsatz anzugeben.

VII. Formblatt 05.VII: Eigenerklärung zur Anzahl der Arbeitskräfte

Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich folgende Arbeitskräfte beschäftigt haben:

	Kalenderjahr		
Lohngruppe / Bezeichnung			
Fest angestellte Mitarbeiter			
Führungskräfte			

Hinweis:

Bei einer Bewerbergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zu addieren. Sollte die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils eine durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte anzugeben, die in dem betreffenden Jahr mindestens beschäftigt waren. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Ist der Bewerber/ein Bewerbergemeinschaftsmitglied noch keine drei Geschäftsjahre tätig, beschränkt sich sein Nachweiszeitraum auf die Geschäftsjahre seiner Tätigkeit.

VIII. Formblatt 05.VIII: Erklärung und Angaben zu vergleichbaren Leistungen (Referenzen)

Nachweis von mindestens 3 Referenzprojekten, die folgende Bedingungen erfüllen:

Die Referenz muss folgende Leistungen beinhaltet haben: Werk- und Montageplanung, Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik in Hörsälen, Seminar- oder Besprechungsräumen (Hochschul-, Klinik-, Forschungs-, Bildungs- oder vergleichbares Umfeld). Die Auftragssumme jedes Projekts muss mindestens 200.000 Euro (brutto) betragen haben. Die Fertigstellung muss nach dem 01.01.2022 erfolgt sein.

Folgende Angaben sind in Bezug auf vergleichbare Referenzprojekte gefordert:

- Angabe der Projektbezeichnung;
- Angabe des Unternehmens, das Auftragnehmer des Projektes ist;
- Angabe des Auftraggebers;
- Angabe eines Ansprechpartners beim Auftraggeber (Name, Telefon, E-Mail);
- Angaben zum Projekt
  - Namentliche Nennung des Projektleiters
  - Ausführungszeitraum inklusive Datum der Abnahme;
  - Auftragssumme;
  - Projektumfang.

Folgende Mindeststandards werden gefordert:

- mindestens eine Referenz mit der medientechnischen Ausstattung eines Hörsaals oder vergleichbaren Saals, inkl. Beschallungsanlage, Großbilddarstellung (LED-Wand oder Projektion) und Mediensteuerung
- mindestens 1 Referenz mit netzwerkbasierter AV-Signalverteilung (AVoIP und/oder Dante)

Zum Nachweis der erbrachten Referenzen sind die nachfolgenden Angaben zu den Referenzleistungen sorgfältig auszufüllen.

Sollte der Bieter / die Bietergemeinschaft für ihre Ausführung weitere Vordrucke benötigen, ist das Formblatt entsprechend zu duplizieren.

Ich/wir erkläre(n) die Richtigkeit der Angaben, Erklärungen und Nachweise in den Informationen zu den Referenzen und etwaigen Projektbeschreibungen.

1. Referenz 1

Projektbezeichnung	
Angabe des Unternehmens, das die Referenz erbracht hat (bei Bietergemeinschaften)	
Auftraggeber:	

Ansprechpartner:

Name:	
Telefon:	
E-Mail:	

Angaben zum Projekt:

Name des Projektleiters beim Bieter:	
Ausführungszeitraum:	
Datum der Fertigstellung:	
Auftragssumme:	
Projektumfang:	☐ Werk- und Montageplanung ☐ Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik
Raumart:	☐ Hörsälen ☐ Seminarräumen ☐ Besprechungsräumen

2. Referenz 2

Projektbezeichnung	
Angabe des Unternehmens, das die Referenz erbracht hat (bei Bietergemeinschaften)	
Auftraggeber:	

Ansprechpartner:

Name:	
Telefon:	
E-Mail:	

Angaben zum Projekt:

Name des Projektleiters beim Bieter:	
Ausführungszeitraum:	
Datum der Fertigstellung:	
Auftragssumme:	
Projektumfang:	☐ Werk- und Montageplanung ☐ Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik
Raumart:	☐ Hörsälen ☐ Seminarräumen ☐ Besprechungsräumen

3. Referenz 3

Projektbezeichnung	
Angabe des Unternehmens, das die Referenz erbracht hat (bei Bietergemeinschaften)	
Auftraggeber:	

Ansprechpartner:

Name:	
Telefon:	
E-Mail:	

Angaben zum Projekt:

Name des Projektleiters beim Bieter:	
Ausführungszeitraum:	
Datum der Fertigstellung:	
Auftragssumme:	
Projektumfang:	☐ Werk- und Montageplanung ☐ Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik
Raumart:	☐ Hörsälen ☐ Seminarräumen ☐ Besprechungsräumen

4. Referenz 4

Projektbezeichnung	
Angabe des Unternehmens, das die Referenz erbracht hat (bei Bietergemeinschaften)	
Auftraggeber:	

Ansprechpartner:

Name:	
Telefon:	
E-Mail:	

Angaben zum Projekt:

Name des Projektleiters beim Bieter:	
Ausführungszeitraum:	
Datum der Fertigstellung:	
Auftragssumme:	
Projektumfang:	☐ Werk- und Montageplanung ☐ Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik
Raumart:	☐ Hörsälen ☐ Seminarräumen ☐ Besprechungsräumen

5. Referenz 5

Projektbezeichnung	
Angabe des Unternehmens, das die Referenz erbracht hat (bei Bietergemeinschaften)	
Auftraggeber:	

Ansprechpartner:

Name:	
Telefon:	
E-Mail:	

Angaben zum Projekt:

Name des Projektleiters beim Bieter:	
Ausführungszeitraum:	
Datum der Fertigstellung:	
Auftragssumme:	
Projektumfang:	☐ Werk- und Montageplanung ☐ Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von Medientechnik
Raumart:	☐ Hörsälen ☐ Seminarräumen ☐ Besprechungsräumen